

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

Sitzungstermin: Mittwoch, 27.11.2024
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:19 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Renken, Bernd

SPD-Fraktion
Hemken, Harald
Stomberg, Holger
Strelow, Gregor
Winter, Maria

CDU-Fraktion
Hegewald, Reinhard
Verlee, Gerold

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Borchers, Sebastian

FDP-Fraktion
Bolinus, Erich

BSW-Fraktion
Luitjens, Stefan

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst (ab 17:02 Uhr)

von der Verwaltung
Jakobs, Stefan

Protokollführung
Klaaßen, Celina

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Renken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2024

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Jakobs teilt mit, der Tagesordnungspunkt 6 werde zurückgezogen, da er statt über einen Nachtrag zum Wirtschaftsplan effizienter im Rahmen eines ÜPL-Verfahrens über den Verwaltungsausschuss am kommenden Montag und den Rat abgewickelt werden könne. Die Vorlage für das Verfahren sei bereits erstellt und einsehbar.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 25 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.09.2024

Beschluss: Das Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.09.2024 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für die Haushaltsjahre 2025/2026
Vorlage: 18/1343/2

Herr Jahnke erklärt, er werde sich folgend darauf beschränken, die Änderungsliste vorzustellen. Änderungen hätten sich aus Buchungen und der Korrektur von Fehlern ergeben. Zudem werde er die bisher vorliegenden Änderungsvorschläge der Fraktionen kurz erläutern.

Er stellt die Änderungsliste anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Gestaltung der Trogstrecke mit Graffiti-Kunst

Herr Verlee hofft, die vorgesehenen Drittmittel würden tatsächlich aus externen Quellen stammen und nicht aus „Krückenlösungen“, beispielsweise über eine städtische Tochtergesellschaft.

Herr Strelow sagt, man solle angesichts der Weihnachtszeit hoffnungsvoll bleiben, dass Drittmittel für das Projekt eingeworben würden. Das Projekt sei für die Stadt ein Gewinn und biete

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2024

einen Hotspot für internationale Künstler. Dennoch frage er sich, wie 40 Tsd. € bereits als Plus verbucht werden könnten, obwohl der Haushalt noch nicht beschlossen sei.

Herr Jahnke erläutert, der Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung und der Rat hätten sich darauf verständigt, das Projekt 2025 umzusetzen. Dafür sei eine Ausgabeermächtigung von 80 Tsd. € notwendig, wobei der Oberbürgermeister zugesichert habe, mindestens 40 Tsd. € über Sponsoring oder Spenden einzuwerben. Im Haushalt seien 80 Tsd. € im Aufwand und 40 Tsd. € im Ertrag vorgesehen, wobei das Projekt nur stattfinden, wenn die erforderlichen Drittmittel eingeworben würden. Die Budgetierung sei eine technische Umsetzung, um es überhaupt realisieren zu können. Alternativ könne der Plan auch verworfen werden, falls keine Einigkeit bestehe.

Herr Borchers kritisiert, dass das Budget hier im Verwaltungsvorstand aufgestockt werde, obwohl bereits ein bestehendes Budget vorhanden sei. In diesem Fall stimme die Gruppe GRÜNE feat. Urmel diesem Punkt nicht zu.

Frau Winter fragt nach einer Klärung der Kostenaufteilung. Ursprünglich seien 120 Tsd. € vorgesehen gewesen, von denen 40 Tsd. € durch Sponsoring eingeworben werden sollten. Sie möchte wissen, ob die verbleibenden 80 Tsd. € die Gesamtsumme darstellten oder ob weitere Beträge berücksichtigt seien.

Herr Renken erläutert, dass die Gesamtkosten des Projekts bei 120 Tsd. € lägen. 40 Tsd. € steuere der BEE als ohnehin anfallende Baumaßnahme bei, während die übrigen 80 Tsd. € im Haushaltsplan berücksichtigt seien, davon 40 Tsd. € als Drittmittel.

Herr Jahnke bestätigt dies und unterstreicht erneut, dass die 40 Tsd. € Drittmittel notwendig seien, um das Projekt zu realisieren.

Kommunaler Finanzausgleich (FAG)

Herr Verlee zeigt sich erfreut über diese Änderung und fragt, ob der Finanzausgleich grundsätzlich geringer sei oder ob spezifische Bedingungen für die Stadt vorlägen. Er möchte wissen, ob andere Kommunen proportional mehr erhalten würden.

Herr Jakobs erklärt, dass die Zuweisungen auf Basis der Steuerkraft und Soziallasten aller Kommunen berechnet würden. Die genauen Summen würden erst mit dem endgültigen Bescheid im Januar feststehen. Die aktuellen Zahlen würden auf vorläufigen Mitteilungen basieren.

Änderung aus der Politik – 877 Baubetrieb

Herr Verlee bemerkt, wenn eine Reduzierung von vier auf zwei zusätzliche Stellen für den BEE akzeptabel sei, dann stimme die CDU-Fraktion dieser Änderung natürlich ebenfalls zu.

Herr Jahnke erläutert, dass natürlich jede zusätzliche Stelle dem BEE helfen würde, etwa bei der Pflege von Grünflächen. Der Vorschlag, eine dritte Stelle für Baumkontrolleure zu schaffen, sei sinnvoll, insbesondere zur Fertigstellung des Baumkatasters. Der BEE halte die Anpassungen angesichts der Haushaltslage für praktikabel.

Herabsetzung der im Stellenplan ausgewiesenen A 14 Stelle in der Stabstelle 104 Organisationsentwicklung auf A 13

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2024

Herr Strelow kritisiert, dass die Stelle auf A 14 eingruppiert worden sei, obwohl im VA A 13 vereinbart worden sei. Die SPD-Fraktion habe dies hiermit noch einmal klargestellt und die ursprüngliche Einstufung eingefordert.

Herr Jakobs weist darauf hin, dass die Stelle im Stellenplan schon vor der Umstrukturierung der Stabstelle 103 mit A 14 geführt worden sei und die Eingruppierung eines Beamten unabhängig davon sei. Hier ginge es nun lediglich um die Anpassung des Stellenplans, die natürlich problemlos möglich sei.

Vorschlag Freibad Borssum

Frau Winter fragt, ob an dieser Stelle Fördergelder für die Sportstättenförderung aus dem Haushalt des Landes Niedersachsen beantragt werden könnten, da darüber öffentlich berichtet worden sei.

Herr Jahnke sagt zu, die Anregung weiterzugeben und zu prüfen.

Herr Verlee kritisiert, dass von Bürgerbädern Eigeninitiative und Kreativität erwartet werde, während andere Projekte leichter umgesetzt würden, indem sie einfach im Haushalt eingeplant würden. Dies halte er für ungerecht.

Herr Jahnke erläutert, dass das Anliegen in Verbindung mit dem Oberbürgermeister und dem Fachdienst 640 entwickelt worden sei. Politisch müsse entschieden werden, ob die Mittel bereitgestellt würden oder eben nicht. Sollten einzelne Fraktionen dagegen sein, könne dies in der Haushaltsdebatte festgehalten werden. Die Entscheidung liege letztlich bei der Mehrheit.

Herr Renken bemerkt, kurzfristige Einreichungen ohne vorherige Beratung in den zuständigen Ausschüssen seien problematisch.

Herr Strelow stimmt dem zu und bedauert die kurzfristige Einbringung des Antrags, insbesondere angesichts der Summe von 110 Tsd. €. Er kritisiert die mangelnde Kommunikation im Vorfeld und fordert eine klare Begründung, insbesondere zu möglichen Fördermitteln. Eine Verschiebung zur weiteren Beratung in den Fraktionen sei seiner Ansicht nach sinnvoll.

Herr Hemken bezeichnet die Art und Weise des Vorgehens als unfair und wenig zielführend, da es sich hier um eine Maßnahme handele, die eigentlich zu begrüßen sei.

Herr Jahnke schlägt vor, dass der Oberbürgermeister und Herr Groeneveld im nächsten Verwaltungsausschuss erläutern sollten, warum die Maßnahme möglicherweise dringend sei und eine Aufnahme in den Haushalt rechtfertige. Er könne den Unmut darüber, dass das Anliegen so kurzfristig eingebracht wurde, verstehen und bittet darum, Herrn Kruithoff und Herrn Groeneveld die Chance zu geben, ihre Position darzulegen. Abschließend könne dann entschieden werden, ob die Maßnahme im Haushalt verbleibe oder nicht. Er kündigt an, den Oberbürgermeister zu informieren, um den Beratungsbedarf deutlich zu machen.

Ergebnis: Verweisung an den Verwaltungsausschuss

TOP 6 Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Betriebes 836 – Rettungsdienst
Vorlage: 18/1467

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2024

TOP 7 Satzung über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze
Vorlage: 18/1466

Herr Jakobs stellt die o. g. Vorlage ausführlich vor.

Herr Renken bedankt sich für die Erläuterung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Hemken stellt fest, dass die Gewerbesteuer unverändert geblieben sei und betont, es müsse deutlich kommuniziert werden, dass die Grundsteuer B nicht angepasst werde.

Herr Jahnke entgegnet, diese Informationen seien bereits veröffentlicht und kommuniziert worden. Die Verwaltung sei verpflichtet gewesen, Anfragen nach dem Pressegesetz zu beantworten.

Herr Hemken kritisiert, dass Informationen bereits in der Zeitung veröffentlicht worden seien, bevor der Rat eine Entscheidung getroffen habe und fordert mehr Sorgfalt in der Kommunikation seitens der Verwaltung. Er äußert, man könne auf Anfragen hin neutral antworten und auf die Tagesordnung verweisen, anstatt vorschnelle Aussagen zu treffen.

Herr Verlee geht auf die Auswirkungen der neuen Bemessungsgrundlage bei der Grundsteuer ein. Es gebe Gebiete, die durch niedrigere Bodenrichtwerte profitieren, während andere mehr zahlen müssten. Grundsätzlich sei der Ansatz, das Steueraufkommen konstant zu halten, weshalb der Hebesatz möglicherweise angepasst werden müsse. Er erkundigt sich nach der Anpassung des Hebesatzes.

Herr Jakobs entgegnet, die Kommune müsse den Hebesatz anpassen, um die Aufkommensneutralität sicherzustellen, basierend auf den neuen Messbeträgen des Finanzamts. Dabei könne es für einzelne Steuerpflichtige Unterschiede geben, da einige weniger und andere mehr zahlen müssten. Die Kommune habe jedoch die Möglichkeit, über die reine Aufkommensneutralität hinauszugehen und den Hebesatz aus haushaltsbedingten Gründen zu erhöhen, müsse dies aber begründen.

Herr Jahnke erklärt - bezogen auf den Wortbeitrag von Herrn Hemken -, dass die Presse Anfragen gestellt habe, wie die Stadt Emden die Hebesätze anpassen werde, um die Aufkommensneutralität wiederherzustellen. Die Verwaltung habe lediglich geantwortet, dass die Datenlage aktuell nicht ausreiche, um einen neuen Hebesatz festzulegen. Deshalb gelte weiterhin der bisherige Hebesatz, und eine Anpassung werde erfolgen, sobald valide Daten vorlägen. Das Ziel sei, die Einnahmen von rund 12 Mio. € aufrechtzuerhalten.

Herr Jakobs ergänzt, die Verwaltung habe bis zum Nachmittag versucht, die Datenlage durch Softwareunterstützung zu verbessern, habe jedoch keine ausreichenden Ergebnisse erzielt. Der Softwareanbieter habe eine Verbesserung der Daten bis Montag angekündigt, doch auch dies werde das Problem vermutlich nicht vollständig lösen. Daher schlägt er vor, im nächsten Jahr eine begründete Entscheidung zu treffen, um eine möglichst genaue Aufkommensneutralität zu erreichen. Seiner Ansicht nach sei eine Anhebung des Hebesatzes wahrscheinlich.

Herr Strelow fragt, ob die Aufkommensneutralität nur innerhalb der Steuerklasse Grundsteuer B erfolgen könne und ob ein Mix ausgeschlossen sei, was bestätigt wurde.

Herr Renken bemerkt, andere Städte hätten bereits deutliche Hebesatzanpassungen vorgenommen und die Tendenz gehe allgemein in diese Richtung.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2024

Herr Jakobs erklärt abschließend, eine rückwirkende Anhebung der Hebesätze sei bis zum 30.06. möglich, da dies die Abgabenordnung vorgebe. Es müsse ein zusätzlicher Steuerbescheid im laufenden Jahr an alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden verschickt werden, was mit erheblichem Arbeitsaufwand verbunden sei.

Ergebnis: Verweisung an den Verwaltungsausschuss

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 8 Verwendung der Akzeptanzabgabe;
- Antrag der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vom 05.11.2024
Vorlage: 18/1465

Herr Renken gibt den Vorsitz für diesen Tagesordnungspunkt an Herrn Borchers ab, da er diesen Antrag selbst verfasst habe und dazu Stellung nehmen wolle. Er erklärt, dass der Antrag eingereicht worden sei, um die Frage der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Akzeptanzabgabe auf Bundes- und Landesebene zu klären. Angesichts der positiven wirtschaftlichen Ergebnisse der Stadt durch erneuerbare Energien, sei es wichtig, transparent zu machen, wie Akzeptanz durch konkrete Maßnahmen geschaffen werden solle.

Er kritisiert die Aussage der Verwaltung, dass die Ausgaben über die gesetzlichen Vorgaben hinaus aufgrund der finanziellen Situation der Stadt nicht ausgeweitet werden könnten. Dahingehend verweist er noch einmal auf die heute vorgestellte Änderungsliste, in der zusätzliche freiwillige Ausgaben der Verwaltung eingebracht worden seien. Er betont, dass es für die Politik notwendig sei, bereits im Vorfeld und nicht erst im Nachhinein über die Verwendung der Mittel informiert zu werden, um eine Mitgestaltung sicherzustellen. Dies sollte seiner Ansicht nach in den künftigen Haushaltsberatungen integriert werden.

Herr Jahnke stimmt Herrn Renken zu und erklärt, dass die Akzeptanzabgabe in zukünftigen Haushaltsberatungen berücksichtigt werde. Er erläutert, dass es sowohl eine freiwillige als auch eine verpflichtende Akzeptanzabgabe gebe und die freiwilligen Mittel auch für Pflichtaufgaben genutzt werden dürften.

Herr Renken ergänzt, die niedersächsischen Regelungen würden relevant, sobald Freiflächen-Photovoltaikanlagen umgesetzt seien. Die Gruppe GRÜNE feat. Urmel erwarte und hoffe, dass dies realisiert werde.

Herr Bolinius teilt mit, dass er die Stellungnahme der Verwaltung als logisch und korrekt erachte. Er habe keine Fehler festgestellt und halte die Vorlage für gut ausgearbeitet.

Herr Borchers schließt den Tagesordnungspunkt und übergibt den Vorsitz zurück an Herrn Renken.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Jakobs teilt mit, die Fraktionsvorsitzenden würden eingeladen, um über die Realsteuerhebesätze zu sprechen, sobald endgültige Ergebnisse vorlägen.

Protokoll Nr. 28 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 27.11.2024

TOP 10 Anfragen

Frau Winter berichtet, dass die Stadt Schreiben zur Berechnung der Übernachtungssteuer versandt habe. In diesen werde dargestellt, dass die Steuer auf den Beherbergungspreis inklusive Mehrwertsteuer berechnet werde, was bei einigen Adressaten als fehlerhaft wahrgenommen worden sei. Zudem sei sie darauf angesprochen worden, wie mit bereits vor dem 01.01.2025 erfolgten Buchungen umzugehen sei, da dies nicht allen klar gewesen sei.

Herr Jakobs stellt klar, dass Buchungen, die vor dem 01.01.2025 erfolgt seien, nicht von der Übernachtungssteuer betroffen seien. Dies sei deutlich im Informationsschreiben formuliert. Zum Thema der Bemessungsgrundlage erläutert er, dass die Berechnung der Übernachtungssteuer auf den Betrag von 100 € netto zuzüglich der 7 % Mehrwertsteuer basiere. Dies sei mit dem Finanzamt abgestimmt und entspreche der steuerlichen Behandlung des Beherbergungsentgelts, zu dem auch die Übernachtungssteuer gehöre. Anschließend werde der Mehrwertsteuersatz erneut auf das gesamte Beherbergungsentgelt angewandt. Dies sei dann wiederum der vom Übernachtungsgeber abzuführende Mehrwertsteuersatz.

Er führt aus, dass dies keine Doppelbesteuerung sei, sondern auf einer fiktiven Bemessungsgrundlage beruhe, wie auch in einem Urteil zur Satzung der Stadt Lüneburg bestätigt wurde. Dieser Umstand sei im Informationsschreiben detailliert erläutert, und Bürgerinnen und Bürger könnten sich bei Fragen an Steuerberater wenden. Das Informationsschreiben sei ebenfalls auf der Webseite der Stadt unter [Übernachtungssteuer - Bürgerportal](#) einsehbar.

Herr Strelow fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, warum die Gemeinde Hinte die Einführung einer Übernachtungssteuer abgelehnt habe.

Herr Jahnke antwortet, dass hierzu keine Informationen vorlägen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.